

Informationen und Beschlüsse aus der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Mai 2017

1.a) Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Herr Julian Mikolaiczik hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt, da er nach Neckarsteinach gezogen ist. Auch der nächste Bewerber Sasa Jovic nahm das Mandat nicht an, da er demnächst ebenfalls einen Ortswechsel vornimmt. Somit rückt Frau Maria Rettenmaier nach, die aber an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, da erst am Freitag 26. Mai die Einspruchsfrist abläuft.

1.b) Mitteilungen des Magistrats

Verkehrssicherungsschild ADAC

Bei einer Verlosung für ein Schild für Geschwindigkeitsüberschreitung hat die Stadt gewonnen und erhält dieses kostenlos vom ADAC. Es kann dann nach einer technischen Einführung an verschiedenen neuralgischen Orten aufgestellt werden.

2. Jahresabschluss der Stadt Hirschhorn zum 31.12.2016; Mittelübertragung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Stadtv. Schilling fragte nach der Spalte „Vorschlag NSK“ und den dort eingetragenen Zahlen. Bürgermeister Berthold sagte eine Überprüfung zu.

Von den im Haushaltsjahr 2016 gebildeten Mittelübertragungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in das Haushaltsjahr 2017 wurde Kenntnis genommen.

3. Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien (Regionalplan Südhessen); Stellungnahme zum Entwurf 2016

Im Rahmen einer umfangreichen Diskussion stimmten zunächst die Stadtverordneten über einen Änderungsvorschlag von Profil Hirschhorn ab. Der Antrag wurde angenommen und die Passagen, mit der zusätzlich in der Diskussion vorgenommenen Änderung des letzten Absatzes, wurden in den nachfolgenden Beschlussvorschlag eingebaut, über den dann abgestimmt wurde:

Im Rahmen der Anhörung zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien des Regionalplans Südhessen, gibt die Stadtverordnetenversammlung folgende Stellungnahme ab:

Die Stadt Hirschhorn lehnt jede weitere Vorrangfläche auf ihrem Stadtgebiet ab. Der auf Seite 40-42 (Plan) formulierte Verzicht von Windkraftvorrangflächen in Natura 2000-Gebieten wird begrüßt. Davon sollte nicht abgewichen und weiterhin Natura 2000-Gebiete als hartes Tabu-Kriterium geführt werden.

Die Stadt Hirschhorn geht davon aus, dass die Grundlagen des Planungskonzepts veraltet sind und auch von daher keine Notwendigkeit irgendeiner Beanspruchung von Windkraft im Natura 2000-Gebiet besteht (Stichworte: Aufstieg der Solarenergie und der Offshore Windenergie sowie drohender Abbau von tausenden, auf dem Markt nicht konkurrenzfähigen OnShore Anlagen nach Ablauf der Förderung in den nächsten Jahren).

Die Stadt Hirschhorn weist die unangemessene und herabwürdigende Behandlung des Geoparks (S. 68 Plan) zurück. Dem Geopark muss im Rahmen der Planung die Würdigung und Relevanz zukommen, die ihm zusteht. Zudem muss zwingend eine mögliche Gefährdung des UNESCO-Status des Geoparks durch den massiven Windkraftausbau behandelt werden.

Die Stadt Hirschhorn kritisiert die unangemessenen Formulierungen diverser Passagen des Entwurfstextes, da diese in einem überheblichen und paternalistischen Duktus gehalten sind und auf Leser herablassend wirken. Stellvertretend sei hier die Seite 24 genannt. Formulierungen wie die, dass „gegebenenfalls drohende Wertverluste von Immobilien hinzunehmen sind“, sind einfach nicht hinzunehmen. Auch die Formulierungen zur kommunalen Selbstverwaltung sind völlig deplatziert. Wir bitten darum, das Planwerk entsprechend zu versachlichen und von solchen unangemessenen Formulierungen Abstand zu nehmen.

Aufgrund aktueller Geschehnisse lehnen wir alle Einzelantragsplanungen für Windparks, bei denen vorab noch vor Genehmigung des Regionalplans der bis dahin geringere Siedlungsabstand ausgenutzt werden soll, entschieden ab. Wir fordern vom Regierungspräsidium Darmstadt, dass es bereits

jetzt für Einzelanträge einen Wohnbebauungsabstand von 1.000 m anwendet. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die weitere Ausweisung von Windvorrangflächen jetzt und in der Zukunft im gesamten südlichen Odenwald aus.

4. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Heddesbach über die Förderung der Betriebsführung und Schaffung von Krippenplätzen

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Heddesbach über die Förderung der Betriebsführung des Kindergartens der Stadt Hirschhorn im Stadtteil Langenthal, wurde unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlages der Verwaltung zu § 3 und der aufsichtsbehördlich geforderten Änderung zu § 7, zugestimmt.

Eine Veröffentlichung im Hirschhorner Stadtanzeiger wird noch erfolgen.

5. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Hirschhorn (Neckar)

Die CDU-Fraktion brachte einen mündlichen Änderungsantrag ein, der von allen Fraktionen akzeptiert wurde. Demnach erhielt § 4 Abs. 3 Buchstabe h) folgende Fassung:

„Vergabe von Planungsaufträgen an Architekten und Ingenieure, wenn die Haushaltsmittel für das jeweilige Produkt bereitstehen.“

Die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Hirschhorn (Neckar) wurde mit der beschlossenen Änderung verabschiedet und ist in diesem Stadtanzeiger veröffentlicht.

6. Finanzwirtschaft im Haushaltsjahr 2017; Geänderte Kreditgenehmigung

Die Stadtverordnetenversammlung fasste nachstehenden Beitrittsbeschluss:

Der aufsichtsbehördlich reduzierten Kreditermächtigung auf 415.000 € im Jahr 2017 wurde zugestimmt. Die Festsetzungen in den §§ 1 und 2 der am 14. Februar 2017 beschlossenen Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wurden angepasst. Eine Veröffentlichung ist ebenfalls in diesem Stadtanzeiger abgedruckt.

7. Beantragte Aussprache über die Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.02.2017 zu den Kosten Abwahlverfahren Bürgermeister

Eine sehr ausführliche Aussprache über die Thematik fand statt.

8. IKZ mit Neckarsteinach – Gemeinsames Mitteilungsblatt

Der Sachverhalt wurde an die Magistrate mit der Bitte weitergegeben, eine Synopse über Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den gegenwärtig bestehenden Gemeindeinformationsblättern (Mitteilungsblatt Neckarsteinach und Hirschhorner Stadtanzeiger) zu erstellen. In der nächsten Sitzung (IKZ) soll darüber berichtet werden. Darüber hinaus könnten seitens der Verwaltungen erste Angebote für ein gemeinsames Mitteilungsblatt eingeholt werden.

9. Anfragen

Stadtv. Schilling: In der Kindertagesstätte wurde in diesem Jahr kein Muttertagsgeschenk aufgrund von Personalmangel gebastelt. Stimmt diese Aussage?

BM Berthold: Am 23. Mai fand ein Gespräch mit drei Personen des Elternbeirats im Rathaus statt und es wurden viele Sachverhalte diskutiert. Seit dem im Januar in Kraft getretenen Kindergarten-Förderungsgesetzes ist eine konstante Berechnung des Personalschlüssels fast nicht mehr möglich. Da verschiedene Altersstufen mit verschiedenen Betreuungszeiten angeboten werden und dafür unterschiedliche Stundensätze anzusetzen sind, wird eine Entscheidung wieviel Personal wirklich benötigt wird fast unmöglich. Akut besteht eine leichte Unterdeckung der Stundenzahl, die sich aber bis zum September gravierend ändern wird. Die Verwaltung ist natürlich bestrebt eine vernünftige Lösung zu finden und es finden daher weitere Gespräche statt. Daraus letztendlich die Folgerung zu ziehen, dass deswegen die Muttertagsgeschenke ausgefallen sind und auch kein Sommerfest in diesem Jahr stattfinden soll, ist somit nicht korrekt.

Stadtv. Schilling: In der Rudolf-Kissinger-Straße steht seit geraumer Zeit ein einseitiges absolutes Halteverbotsschild, an dem sich bisher keine Anwohner halten. Kann hier ein Hinweis oder eine Kontrolle erfolgen?

BM Berthold: Die Kontrolle des ruhenden Verkehrs ist ein Problem im Ordnungsbehördenbezirk. Aufgrund der sehr hohen Beanspruchung des Ordnungspolizisten im Bereich des Blitzens (40-45

Tage im Jahr, mit über 12.000 Verstößen), leidet die Quantität im Bereich des ruhenden Verkehrs. Es wird darüber nachgedacht, eine zweite Person einstellen zu können.

Stadtv. Schilling regte an, über die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen in der ersten Reihe am Bahnhof nachzudenken, damit die katastrophalen Zustände auf der Brücke am Michelberg beim Aussteigen von Personen, insbesondere von Schülern am Morgen, verhindert werden kann.

Stadtv. Wilken regte an, die Wortwahl bei den öffentlichen Sitzungen der IKZ mit Neckarsteinach zu überprüfen, dies gebe im Nachhinein in der Bevölkerung kein gutes Bild ab.

Stadtv. Wilken: Warum werden zurzeit wieder viele Verteilerkästen von der Telekom aufgegraben?

BM Berthold: Die Mehrarbeit entstand nach Informationen der Telekom dadurch, dass die bereits schon in der Erde verlegten Kupferkabel von schlechter Qualität sind und teilweise erneuert werden müssen. Dadurch wird sich der Startschuss für das schnelle Internet ein wenig nach hinten verschieben.

Stadtv. Hering: Wie ist der Stand in der Flurneuordnung und hier insbesondere das Wegekonzept mit dem Fokus Radweg nach Heddesbach?

BM Berthold: Am 8. Juni findet ein Termin mit dem zuständigen Sachbearbeiter statt, dabei ist u.a. ein Ortstermin angedacht. Die Stadtverordnetenversammlung wird danach unterrichtet.

Stadtv. Hölz las dem Publikum Teile aus der Antwort der Verwaltung zur Anfrage nach dem alten Schulgebäude vor, dass den Stadtverordneten per Mail zugeht.

Stadtv. Hölz: Wäre es möglich, den Bordstein an einer Stelle am Bahnhof absenken zu lassen, da diese sehr hoch sind?

BM Berthold: Ist durchaus denkbar, wird überprüft. Es wird um Zusendung eines Luftbildes gebeten, damit an der richtigen Stelle die Absenkung erfolgen kann.

Stadtv. Gugau reichte eine schriftliche Anfrage ein und bat um mündliche und schriftliche Antwort.

Stadtv. A. Weber regte an, ein öffentliches Bücherregal in Hirschhorn installiert werden kann. Wichtig wäre hier die Frage des Standorts.

Stadtv. Mühlbauer: Der Untergrund des Standorts für die Glascontainer am Ersheimer Friedhof ist durch den Schotter sehr schwierig, gerade bei Glasbruch. Kann hier etwas an der Standortfläche geändert werden?

BM Berthold: Wird überprüft.

Stadtv. M. Weber bat darum, dass Einladungen für die Stadtverordneten zu Presseterminen doch etwas früher kommen sollten, damit eine eventuelle Teilnahme erfolgen kann (Breitbandveranstaltung der Telekom am 10. Mai).